



## G8-Gipfel in Heiligendamm

### G8 nehmen soziale und ökologische Themen auf die Agenda. Ein Kurswechsel oder nur Worthülsen?

Seit dem 1. Januar 2007 hat Deutschland zum fünften Mal die Präsidentschaft der acht führenden Industrienationen (G8) inne. Den Höhepunkt der einjährigen deutschen Präsidentschaft bildet vom 6. bis 8. Juni das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Ostseebad Heiligendamm - hinter den verschlossenen Türen der Luxushotelanlage Kempinski, abgeriegelt hinter einem mehr als 12 Kilometer langen Zaun. Was ist das für eine Institution, die G8, die so sehr die öffentliche Diskussion und die Proteste der Zivilgesellschaft scheut?

#### Entstehung der G7

Die G7/G8 sind eine selbst ernannte Gruppe (dafür steht der Buchstabe G) von Regierungen der mächtigsten Industriestaaten. Ursprünglich rein von den kapitalistischen Industrienationen des Westens dominiert, kam nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus der Sowjetunion, die russische Regierung als Achte zum „Klub der Reichen“ hinzu.

Obwohl die Gipfel informell sind und im Unterschied zu den Vereinten Nationen (UN) keine demokratische Legitimation besitzen, werden im Kreis der G8 heute fast alle wichtigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Initiativen auf globaler Ebene vorentschieden, bevor sie in anderen globalen Institutionen, wie zum Beispiel der Welthandelsorganisation (WTO), dem Weltwährungsfond (IMF) oder in den Vereinten Nationen (UN) auf die Tagesordnung kommen.

Das erste Treffen fand schon 1975 auf Schloss Rambouillet bei Paris im Kreise von sechs Regierungschefs (aus den USA, Großbritannien, Frankreich, BRD, Italien und Japan) - damals noch unter der Bezeichnung Weltwirtschaftsgipfel statt.

Die historische Konstellation damals war vom Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse, vom ersten Ölpreisschock, dem Ende des „Wirtschaftswunders“ in den Industriestaaten und der Forderung der Entwicklungsländer nach einer „neuen internationalen Arbeitsteilung“ gekennzeichnet.

Vor allem das Ende des „Bretton-Woods-Systems“ fester Wechselkurse, das bis zum Jahr 1973 gegolten hatte, ist in seiner Bedeutung für den weiteren Verlauf der Weltwirtschaft und den Beginn der neoliberalen Globalisierung gar nicht zu überschätzen. Im Fixkursystem war die Preisbildung für die Währungen der Welt die politische Aufgabe von Regierungen, Zentralbanken und des Internationalen Währungsfonds IWF gewesen.

Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems wurden die Wechselkurse den Märkten überlassen. In den Jahren darauf wurden auch die Finanzmärkte liberalisiert. Die bis dahin selbstverständlichen Kapitalverkehrskontrollen wurden von immer mehr Staaten abgeschafft, so dass sich das Finanzkapital von Jahr zu Jahr mit weniger Einschränkungen auf dem Erdball bewegen und profitable Anlage suchen konnte.

Damit war dann auch der Preis des Finanzkapitals, der Zins, nicht mehr länger alleinige Sache von Zentralbanken und Regierungen, sondern Zinsen wurden ebenso wie die Wechselkurse der Währungen zur Angelegenheit der privaten Spekulation der Geldvermögensbesitzer. **Die Finanzmärkte entwickelten sich so zur Lokomotive der Globalisierung.**

#### Die neoliberale Wende

Ebenso wie das Gesicht der globalen Ökonomie hat sich der Charakter der G7/G8-Regierungstreffen im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte verändert. Zu Anfang, in den siebziger Jahren, waren die Weltwirtschaftsgipfel als Krisenmanagement und Koordinationsinstrument, sozusagen als Ersatz für den zerfallenen Rahmen von Bretton-Woods für die Weltwirtschaft gedacht. Denn anders als in der heutzutage dominierenden neoliberalen Wirtschaftstheorie zählten die Politiker in den Anfangsjahren noch auf politische Absprachen, zum Beispiel um wilde Schwankungen der Wechselkurse zu vermeiden.

Die ideologische Grundposition der Regierungschefs heute ist von dieser Anfangsauffassung grundverschieden. In dem Maße, in dem sich bei den Regierungen der Nationalstaaten Standortkonkurrenz und Wohlverhalten gegenüber den Wünschen der multinationalen Konzerne durchsetzen, fand seit den achtziger Jahren auch in den G7 die neoliberale Wende statt. Das ist der Hintergrund für die Proteste der Zivilgesellschaft, die sich seit langem mit Gegengipfeln und Demonstrationen anlässlich der G8-Gipfel zu Wort meldet.

## Die Themen von Heiligendamm

**Das Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft im Juni 2007 „Wachstum und Verantwortung“** und die Themen, die die deutsche Bundesregierung auf die Agenda von Heiligendamm gesetzt hat, sehen auf den ersten Blick so aus, als wolle Bundeskanzlerin Angela Merkel die öffentliche Kritik aufgreifen: Eine ganze Menge der Schwachstellen der Globalisierung hat sie sich und den Kollegen Regierungschefs ins Pflichtenheft für Heiligendamm geschrieben. So zum Beispiel:

- die Transparenz der internationalen Kapitalmärkte (Hedge Fonds);
- unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung für Afrika“ - die Entwicklungspolitik;
- und - last but not least - die soziale Gestaltung der Globalisierung.

Wird also doch endlich die Wende zu einer sozialen und ökologischen Einbettung der Märkte eingeleitet? Wohl kaum. Denn der Graben zwischen Taten und Worten ist tief. Das wird deutlich, sobald man nur näher hinschaut.

## Transparenz von Hedge Fonds

Die ursprüngliche Vorstellung der Kanzlerin war begrüßenswert. Ziel sollte sein, die systemischen Risiken des weltweiten Finanzsystems „zu minimieren und die Transparenz auf den Finanzmärkten zu steigern.“ Das konnte sich Angela Merkel schon zwei Wochen vor Heiligendamm abschminken. Denn am 19./20. Mai trafen sich die G8-Finanzminister in Potsdam. Und schon hier blieb von dem ambitionierten Ziel eines verbindlichen Verhaltenskodex für die hoch spekulativen Fonds nicht mehr viel übrig. So hat Finanzminister Peer Steinbrück seine Forderung bereits an die Widerstände aus Großbritannien und den USA angepasst, die sich allenfalls einen von den Hedge-Fonds selbst entwickelten, freiwilligen Verhaltenskodex vorstellen können. Da die Beschlüsse der Finanzminister Grundlage der Beratungen in Heiligendamm sind, ist mehr als eine Empfehlung an die Hedge-Fonds-Branche über minimale Risikomanagement-Standards nicht zu erwarten. Kein Wunder übrigens, solange die Präsidentschaftskandidaten in den USA - auch die der Demokraten - sich ihren Wahlkampf von Private Equity-Fonds und Hedge-Fonds finanzieren lassen.

## Entwicklungspolitik

Vor zwei Jahren in Gleneagles hat sich die britische Regierung mit neuen Hilfsversprechen für Afrika und einem Schuldenerlass für die ärmsten Länder hervorgetan. Entwicklungspolitisch zielführend wäre es, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft eine Zwischenbilanz der von den Industrieländern eingegangenen Verpflichtungen in Entwicklungshilfe und Schuldenerlass auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Die G8 sind nämlich meilenweit von der Einhaltung der in der UN eingegangenen Verpflichtungen zur Halbierung der globalen Armut bis 2015 entfernt. Stattdessen wird

deutlich, dass die Bundesregierung die entwicklungspolitische Verantwortung von öffentlichen Hilfsprogrammen weg auf den Privatsektor verschieben will. Mit der Überschrift „Wachstum und Verantwortung in Afrika“ meint sie vor allem ein besseres Investitionsklima für multinationale Unternehmen und „Eigenanstrengungen Afrikas zur Verbesserung der Regierungsführung“. Die Spitze wäre es, wenn die G8 im Rahmen dieses Kurswechsels die Kürzung der Hilfe für in ihrem Sinne „reformunwillige“ Regierungen beschließen würden.

## Soziale Gestaltung der Globalisierung

**Ausdrücklich erwähnt werden in der Agenda zwei für Gewerkschaften zentrale Themen: „die Beachtung und Stärkung sozialer Mindeststandards (Kernarbeitsnormen)“ sowie die „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen.** Es ist der Anerkennung wert, dass die G8-Arbeitsminister Anfang Mai wohlwollende Worte über die Umsetzung der international anerkannten Kernarbeitsnormen und die Verbreiterung des Sozialschutzes gefunden haben. Wollen sich die G8 nun endlich daran machen, das globale „race to the bottom“ bei Löhnen und Arbeitsbedingungen durch globale soziale Regeln zu stoppen? Dann müssten den warmen Worten nun endlich Taten folgen. Zur weltweiten Durchsetzung der grundlegenden Kernarbeitsnormen - wie etwa des garantierten Rechts auf gewerkschaftliche Betätigung - fehlte den Industrieländern in den Organisationen, die tatsächlich dafür in Frage kommen - und das sind die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sowie die WTO - bislang der politische Wille. Dasselbe gilt für bindende, global gültige Pflichten für multinationale Unternehmen. In den internationalen Organisationen, wo das Thema bisher auf der Tagesordnung stand - bei der OECD, der UN und der ILO - wurden einklagbare globale Regeln für Unternehmen von den Industrieländern immer abgelehnt und es blieb bei völlig unverbindlichen Empfehlungen. Leider deutet nichts darauf hin, dass sich dies in Heiligendamm ändern wird.

## Ein Weltwirtschaftsrat muss wirklich repräsentativ sein!

Die G8 dürfen keinesfalls als demokratische, repräsentative Weltregierung missverstanden werden. Deshalb ist die Beteiligung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an den Protesten wichtig. Man sollte die G8 aber auch nicht unterschätzen. Auf einigen Gebieten, wie zum Beispiel auf den Finanzmärkten, könnten die G8 tatsächlich für Regeln sorgen, wenn sie es denn wollten. Würden die G8-Staaten beispielsweise in konzertierter Aktion eine Devisenumsatzsteuer zur Eindämmung der Spekulation einführen, so hätte das weltweit durchschlagende Wirkung. Deshalb müssen Gewerkschaften auch gegenüber den G8-Regierungen einen Kurswechsel ihrer Politik einfordern. Die grundlegende notwendige Reform wäre jedoch die eigene Transformation in einen wirklich repräsentativen Weltwirtschaftsrat im Rahmen der Vereinten Nationen.